



DEMOKRATIE-

MONITORING

BADEN-WÜRTTEMBERG

**Teilprojekt 1**

**Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17:**

**Zwischenbericht – November 2017**

**Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Jan W. van Deth, und Sarah Perry, M.A.**

Das Forschungs-Programm **Demokratie-Monitoring** ist Teil des Gesamtprogramms

***Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft***, welches die Universitäten Mannheim, Tübingen, Stuttgart und Freiburg im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung durchführen.

## Vorbemerkung

Das Projekt „Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17“ (BDBaWü)<sup>1</sup> ist Teil des Demokratie-Monitoring Baden-Württembergs 2016/17 im Programm „Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft“ der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH. Das Projekt wird auf Initiative der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Frau Gisela Eler und mit der Unterstützung der Baden-Württemberg Stiftung durch das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) bereits zum zweiten Mal durchgeführt. Die erste Welle der Studie fand in den Jahren 2013 und 2014 statt.

Die Studie wurde in Zusammenarbeit zwischen Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Jan van Deth, und Sarah Perry, M.A. (MZES) konzipiert und durchgeführt. Dr. Andreas Weber und Dr. Simone Plahuta von der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH waren in die Planung der Studie eingebunden. Die Datenerhebung oblag Ipsos GmbH, Hamburg. Dr. Robert Grimm, Alexandra Schoen und Liane Stavenhagen (Ipsos Public Affairs, Berlin) trugen die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Umfrage.

Montag, 6. November 17

---

<sup>1</sup> Siehe <http://www.bdbawue.de>

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg: Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17 (BDBaWü)</b> .....	<b>1</b>
<b>2. Merkmale der Bevölkerungsumfrage</b> .....	<b>2</b>
<b>3. Erste Ergebnisse, Präsentationen und Veröffentlichungen</b> .....	<b>3</b>
<b>3.1 Politische Unterstützung in Baden-Württemberg</b> .....	<b>3</b>
<b>3.2 Beteiligung in Baden-Württemberg</b> .....	<b>4</b>
<b>3.3 Unterstützung der AfD in Baden-Württemberg</b> .....	<b>4</b>
<b>4. Laufende Arbeiten und geplante Analysen</b> .....	<b>5</b>

## **1. Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg: Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17 (BDBaWü)**

Die Studie „Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17“ basiert auf einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, in deren Rahmen insgesamt 2502 deutschsprachige Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs im Alter von über 15 Jahren zwischen dem 1. November 2016 und dem 14. Januar 2017 interviewt wurden. Im Rahmen der Hauptstichprobe wurden 2002 Befragte zufällig ausgewählt. Mit formal niedrig gebildeten Personen wurden 500 Interviews zusätzlich geführt.

Die ausgewählten Fragen umfassen allgemeine politische und soziale Haltungen und Handlungen und sind an mehreren Stellen auf Baden-Württemberg ausgerichtet. Viele Fragen wurden aus der ersten Welle (2013/14) übernommen und in identischer oder leicht veränderter Form erneut abgefragt, um die Vergleichbarkeit zur ersten Befragungswelle zu gewährleisten und eine Beschreibung und Analyse von Veränderungen und Kontinuitäten zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden aktuelle Themen integriert, wie z. B. Einstellungen zur europäischen Einigung, zur Zuwanderung von Flüchtlingen oder zu Nationalismus und Xenophobie. Die interviewten Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs waren mit Fragen aus folgenden Themenblöcken konfrontiert:

- Verbundenheit
- Beteiligung
- politische und soziale Orientierungen
- Einstellungen zur Demokratie
- Information und Kommunikation
- aktuelle Themenbereiche
- sozio-demographische Merkmale

Die finalen Daten des Demokratie-Monitors 2016/17 standen am 27. Januar 2017 für Analysen zur Verfügung.

## 2. Merkmale der Bevölkerungsumfrage

Die Umfrage wurde in der Zeit von Dienstag, 1. November 2016, bis Samstag, 14. Januar 2017, von Ipsos GmbH durchgeführt und kann wie folgt charakterisiert werden:

Grundgesamtheit	Deutschsprachige Einwohner des Bundeslandes Baden-Württemberg ab 15 Jahren.
Stichprobenziehung	Die mehrfach geschichtete repräsentative Zufallsstichprobe wurde aus dem adm-Stichprobensystem für Telefonstichproben gezogen. Die Telefonnummern wurden als haushaltsrepräsentatives Festnetz-Sample gezogen. Die Stichprobe beinhaltet somit auch nicht im Telefonbuch eingetragene Haushalte. Die Auswahl der Befragungspersonen erfolgte nach dem Next-Birthday-Verfahren.
Netto-Stichprobe	Hauptstichprobe: 2002 Interviews Zusatzstichprobe: 500 Interviews mit formal geringer gebildeten Personen, die als Personen mit höchstens mittlerem Bildungsabschluss definiert waren.
Rücklaufquote	18,4 Prozent
Fragebogen	Der Fragebogen wurde von den MZES-Projektleitern in Zusammenarbeit mit der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH und Ipsos GmbH entwickelt.
Erhebungsmethode	Die Befragung wurde in Form von telefonischen CATI-Interviews realisiert. Der Fragebogen war komplett vorprogrammiert. Itemrotationen und Sprungregeln waren automatisiert, so dass sich die Interviewer voll auf das Gespräch konzentrieren konnten.
Befragungsdauer	Das durchschnittliche Interview dauerte 27 Minuten.
Kontaktversuche	Um eine optimale Ausschöpfung zu erzielen, wurden pro Haushalt mindestens zehn Kontaktversuche an fünf verschiedenen Tagen und zu unterschiedlichen Uhrzeiten unternommen. In der Regel wurden zwei Kontaktversuche an einem Tag realisiert. Um jüngere und mobilere Personen besser zu erreichen, wurden Mobilfunknummern erfragt und die Personen nach Terminabsprache auch frühmorgens und spät abends befragt.
Gewichtungen	Stichprobenverzerrungen und Non-Response-Effekte wurden mit einem Designgewicht und in Anlehnung an die amtliche Statistik mit einem Redressment ausgeglichen. Dabei wurde die empirische Verteilung von Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Regierungsbezirk und Ortsgröße mit den amtlichen Zielwerten verglichen. Für Analysen der Gesamtstichprobe (Haupt- und Zusatzstichprobe) muss zum Ausgleich des „Oversampling“ gering gebildeter Personen eine Proportionalisierung erfolgen, die mit einem entsprechenden Gesamtgewicht erzielt werden kann.

### 3. Erste Ergebnisse, Präsentationen und Veröffentlichungen

Erste Ergebnisse zur politische Unterstützung und Beteiligung in Baden-Württemberg wurden bereits am 24. März 2017 in zwei Präsentationen auf dem Beteiligungskongress Baden-Württemberg „Viel<mehr<gemeinsam“ in Esslingen am Neckar vorgestellt. Die dort präsentierten deskriptiven und analytischen Ergebnisse umfassen außerdem einen Vergleich zwischen den beiden Wellen der Studie „Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg“.

Im September wurden Ergebnisse über die Hintergründe und Motive zur Unterstützung der AfD in der „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ veröffentlicht. Ergebnisse zur Unterstützung der AfD wurden darüber hinaus bei verschiedenen Gelegenheiten präsentiert. Dazu gehören eine Präsentation für die CDU-Fraktion Baden-Württemberg am 11. Januar 2017, die 16. Tagung der Fachgruppe Sozialpsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie vom 4. bis 6. September an der Universität Ulm sowie das Schlossfest der Universität Mannheim am 9. September 2017.

#### 3.1 Politische Unterstützung in Baden-Württemberg

Unter dem Titel „Die da oben, wir da unten. Was bedeutet dies für die Demokratie in Baden-Württemberg?“ präsentierte Sarah Perry am 24. März 2017 beim Beteiligungskongress „Viel<mehr<gemeinsam“ in Esslingen am Neckar erste Analysen zur politischen Unterstützung in Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Demokratie in Baden-Württemberg auf die breite Unterstützung von etwa drei Viertel der Bevölkerung bauen kann. Dabei unterstützen insbesondere Personen mit einem hohen Bildungsstand, aus den oberen Schichten und sozial integrierte Personen die Politik und das politischen System in Baden-Württemberg. Personen mit einem niedrigen Bildungsstand, aus den unteren Schichten und sozial schlecht integrierte Personen unterstützen die Politik und das politische System in Baden-Württemberg eher weniger.

Im Vergleich zur ersten Erhebung im Jahr 2013/14 ist die politische Unterstützung in Baden-Württemberg in den letzten vier Jahren gestiegen. Anstiege sind insbesondere bei gebildeten Bürgerinnen und Bürger sowie Personen aus den unteren Schichten zu beobachten. Bei ungebildeten Personen und Menschen, die sozial nicht gut integriert sind, ist die politische Unterstützung in Baden-Württemberg hingegen etwas gesunken.

Die Untersuchungen zeigen, dass politische Unterstützung von dem Gefühl gesellschaftlicher Benachteiligung und der Erwartungshaltung an die Demokratie abhängt. Um die politische Unterstützung aller Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, sollte sich die Politik in Baden-Württemberg weiterhin auf die Verbesserung der Lebenssituation von benachteiligten Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Obgleich erste Erfolge in der Verbesserung der politischen Unterstützung von Personen aus den unteren Schichten zu beobachten sind, unterstützen sie die Politik in Baden-Württemberg noch deutlich weniger als Personen aus den oberen Bevölkerungsschichten.

### **3.2 Beteiligung in Baden-Württemberg**

Beim Beteiligungskongress „Viel<mehr<gemeinsam“ am 24. März 2017 in Esslingen am Neckar stellte Sarah Perry ebenfalls erste Ergebnisse für den Bereich der Partizipation vor. Ihr Vortrag trug den Titel „Mehr Beteiligung, mehr Demokratie? Wie stark engagieren wir uns? Was bedeutet dies für die Demokratie in Baden-Württemberg?“

Die Ergebnisse zeigen, dass sich 80 Prozent der Bürger\*innen in Baden-Württemberg in Vereinen und Organisationen engagieren. Von Wahlen abgesehen beteiligt sich jedoch nur jede zweite Bürgerin bzw. jeder zweite Bürger in Baden-Württemberg politisch. Dabei ist ein leichter Rückgang der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den letzten vier Jahren zu verzeichnen.

Die Analysen zeigen, dass aktive politische Beteiligung in Baden-Württemberg vor dem Hintergrund eines basisdemokratischen Demokratieverständnisses erfolgt, das wiederum eher von Personen mit einem hohen Bildungsstand vertreten wird. Auf der anderen Seite beteiligen sich Personen eher nicht aktiv an der Politik in Baden-Württemberg, wenn sie ein direktdemokratisches Verständnis von Politik vertreten. Dies trifft vornehmlich auf weibliche Personen, Personen mit einem niedrigen Bildungsstand und Menschen aus den unteren Bevölkerungsschichten zu. Auch Menschen mit einem eher autoritären Verständnis von Politik beteiligen sich eher nicht an der Politik, dazu gehören tendenziell eher weibliche Personen sowie Menschen mit einem niedrigeren Bildungsstand.

Die Untersuchungen zeigen, dass mehr Beteiligung nicht unbedingt mehr Demokratie bedeutet, weil Beteiligung ungleich verteilt ist und mit einer Aktivierung passiver Bürger\*innen auch stärker autoritäre Einstellungen in das System getragen werden könnten.

### **3.3 Unterstützung der AfD in Baden-Württemberg**

Auf Basis der Daten des Projekts „Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17“ haben Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Jan W. van Deth und Alexander Staudt, M.A. die Hintergründe und Motive der Unterstützung der AfD im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 untersucht. Bereits am 11. Januar 2017 stellte Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck unter dem Titel „Rechtspopulistische Parteien in Deutschland und Europa“ einige vorläufige Ergebnisse der CDU-Fraktion Baden-Württemberg vor. Weiterhin präsentierte Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck erste Ergebnisse unter dem Vortragstitel „Die AfD vor der Bundestagswahl 2017: eine wahlsoziologische Perspektive“ bei der 16. Tagung der Fachgruppe Sozialpsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie vom 4. Bis 6. September an der Universität Ulm. Auch beim Schlossfest der Universität Mannheim am 9. September 2017 stellte er unter dem Titel „Die Bundestagswahl 2017: Parteipräferenzen und ihre Hintergründe – die Wahl der AfD“ Ergebnisse auf Basis der Analyse der Daten des Projekts „Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17“ vor. Schließlich wurden umfassende Untersuchungsergebnisse unter dem Titel „Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs“ im September 2017 in einem Artikel in der „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ publiziert.

In ihrer Studie testeten Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Jan W. van Deth und Alexander Staudt, M.A. eine Reihe von Hypothesen, die sowohl strukturelle als auch einstellungsbezogene Faktoren berücksichtigen. Die Ergebnisse zeigen, dass fehlende Parteibindungen Wähler für die AfD verfügbar machen. Für Personen mit einer rechten ideologischen Identifikation ist die AfD besonders attraktiv. Der bei weitem stärkste Prädiktor ist jedoch eine negative Beurteilung der Leistungen der Exekutiven auf Bundes- und Landesebene. Weniger bedeutsam sind Wahrnehmungen mangelnder Eliten-Responsivität.

Es gibt überdies Anzeichen, dass die AfD auch von Personen gewählt wird, welche die Demokratie nicht bedingungslos unterstützen. Erkennbar wird zudem eine ausgeprägte Resonanz zwischen nativistischen, insbesondere ethnozentrischen Einstellungen und der entsprechenden Rhetorik der Partei. Prozesspräferenzen, welche die liberalen Komponenten der Demokratie geringschätzen, hängen ebenfalls mit der Neigung zur AfD zusammen. Die in der öffentlichen Diskussion oft formulierte sozioökonomische Prekaritäts-These sowie eng gefasste Vorwürfe unzureichender Eliten-Responsivität greifen hingegen zu kurz.

#### **4. Laufende Arbeiten und geplante Analysen**

Es ist geplant, die Analysen zur Unterstützung der AfD um Kontextanalysen zu erweitern, um die Auswirkungen regionaler Kontexte näher zu untersuchen. Für diesen Zweck wird der Datensatz aktuell mit Kontextdaten angereichert. Dazu gehören nach einer Zuordnung der Wahlkreise die Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017, der Landtagswahlen 2011 und 2016, die Wahlergebnisse der Republikaner in den Landtagswahlen 1992 und 1996 sowie die Wahlbeteiligung und die stärkste Partei bei Kommunalwahlen 2014 (jeweils nach Wahlkreisen und Gemeinden). Auch der Anteil an Katholiken, Singles, Ausländern, die Arbeitslosenquote sowie der Schuldenstand, die Gewerbesteuer und die GfK-Kaufkraft pro Einwohner in Euro werden den Daten zugespielt.

Außerdem sind weitergehende Analysen zu den identifizierten Bedingungsfaktoren der Unterstützung der AfD geplant, wie z. B. zur Parteibindung, der Responsivität der Politik sowie der Unterstützung der Regierung und der Demokratie. Insbesondere zur politischen Unterstützung sind weitergehende Analysen auf der Basis der ersten Ergebnisse geplant, die bereits beim Beteiligungskongress „Viel<mehr<gemeinsam“ präsentiert wurden.

Darüber hinaus sollen die Daten des Projekts „Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg 2016/17“ in die Analysen mitaufgenommen werden, die Sarah Perry für ihre Dissertation anfertigt. In diesem Zusammenhang untersucht sie das Ausmaß und die Hintergründe von politischer Unterstützung auf der Basis von politischer Effektivität und Legitimität. Dabei werden sowohl individuelle Faktoren als auch kontextuelle Faktoren behandelt. Auf der Individualebene liegt der Fokus insbesondere auf der individuellen Ressourcenausstattung sowie grundlegenden Werteorientierung. Mit Hinblick auf kontextuelle Faktoren steht die Größe von politischen Einheiten im Mittelpunkt der Erklärung von politischer Unterstützung auf der Basis von politischer Effektivität und Legitimität.



Weitere Informationen:

[www.bdbawue.de](http://www.bdbawue.de)



Projektleitung und Kontakt:

Prof. Dr. Jan W. van Deth, Tel. 0621-181-2098;

Mail: [jvdeth@uni-mannheim.de](mailto:jvdeth@uni-mannheim.de)

Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Tel. 0621-181-2062 (Skr. -2061);

Mail: [schmitt-beck@uni-mannheim.de](mailto:schmitt-beck@uni-mannheim.de)

Sarah Perry, M.A., Tel. 0621-181-2854;

Mail: [sarah.perry@uni-mannheim.de](mailto:sarah.perry@uni-mannheim.de)

Das Projekt ist Teil des Programms Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft der Baden-Württemberg Stiftung.